

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Thürmer,

Walter

Jahrgang

bis

vom

Landesarchiv Berlin  
B Rep. 057-01

Nr. 3075

~~1AR(RSHA) 190/64~~



Günther Nickel  
Berlin SO 36

Pt 27

159

Beiaakten:

DLG v. P. / 5096 / 48  
Hess. staabandio.

SKl-746

Sen f Dmm

} gets. gem. Dfg. van 24. 11. 64

De

1

Personalien:

Name: . . . Walter . T . h . ü . r . m . e . r . . . . .  
 geb. am . 26 . 11 . 1907 . . . . . in . . . Berlin . . . . .  
 wohnhaft in . Berlin 44 . (Neukölln) , . Isarstr. 8 . . . . .  
 . . . . .  
 Jetziger Beruf: . . . Arbeiter . . . . .  
 Letzter Dienstgrad: . PS u . SS - StScharf . . . . .

Beförderungen:

am . . . 1937 . . . . . zum . P - Ass . - Anwärter . . . . .  
 am . . . 1938 . . . . . zum . P - Ass . u . SS - O ! Scharf . . . . .  
 am . . . 1943 / 44 . . . . . zum . PS u . SS - StScharf . . . . .  
 am . . . . . zum . . . . .  
 am . . . . . zum . . . . .  
 am . . . . . zum . . . . .

Kurzer Lebenslauf:

von . 1914 . . . . . bis . 1925 . Oberreal - Schule . Pankow . . . . .  
 von . 1925 . . . . . bis . 1927 . Kfm . Lehre . . . . .  
 von . 1927 . . . . . bis . 1930 . Kfm . Angestellter . . . . .  
 von . 1930 . . . . . bis . 1935 . Postgehilfe . . . . .  
 von . 1935 . . . . . bis . 1937 . Postschaffner . . . . .  
 von . 1937 . . . . . bis . 1945 . Pol . - Verwaltungsbeamter . . . . .  
 von . . . . . bis . . . . .  
 von . . . . . bis . . . . .

Spruchkammerverfahren:

Ja/~~nein~~

Akt.Z.: . . . SenfInn SK 746 . . . . . Ausgew.Bl.: . . . . .  
 Dlg v. P./5096/48 Hess.Staatsarchiv

2

Bereits gegen den Beschuldigten anhängig gewesene Verfahren:

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.: . . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.: . . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.: . . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.: . . . . .

Als Zeuge bereits gehört in:

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.: . . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.: . . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.: . . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.: . . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.: . . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.: . . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.: . . . . .

Aktenzeichen: . . . . . Ausgew.Bl.: . . . . .

Erwähnt von:

	Name	Aktenzeichen	Ausgew.Bl.
1)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
2)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
3)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
4)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
5)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
6)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
7)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
8)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
9)	. . . . .	. . . . .	. . . . .
10)	. . . . .	. . . . .	. . . . .

Thürmer  
(Name)

Walter  
(Vorname)

26.11.07 Berlin  
(Geburtsdatum)

Aufenthaltsermittlungen:

1. Allgemeine Listen

Enthalten in Liste ..... T 1 ..... unter Ziffer ..... 29 .....

Ergebnis negativ - verstorben - wohnte..... in  
(Jahr)

Bln.,-Neukölln, Isarstr.8

---

---

Lt. Mitteilung von SK ....., ZSt, WAST, BfA.

2. Gezielte Ersuchen (Erläuterungen umseitig vermerken)

a) am:                      an:                      Antwort eingegangen:

b) am:                      an:                      Antwort eingegangen:

c) am:                      an:                      Antwort eingegangen:

3. Endgültiges Ergebnis:

a) Gesuchte Person wohnt lt. Aufenthaltsnachweis EMA  
vom ...3.3.64..... in ,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,,

.....  
.....

b) Gesuchte Person ist lt. Mitteilung .....

vom ..... verstorben am: .....

in .....

Az.: .....

c) Gesuchte Person konnte nicht ermittelt werden.

(Name and address of requesting agency)

4

Berlin Document Center,  
U.S. Mission Berlin  
APO 742, U.S. Forces

Date: 25.10.63

T-URGENT

It is requested that your records on the following named person be checked:

Name: **Walter Thürmer**  
Place of birth: *26. 2. 07 Berlin*  
Date of birth: *11.*  
Occupation:  
Present address:  
Other information:

1214760

It is understood that the requested information will be supplied at cost to this organization, and that payment will be made when billing is received.

(Telephone No.)

(Signature)

(This space will be filled in by the Berlin Document Center)

	Pos.	Neg.		Pos.	Neg.		Pos.	Neg.
1. NSDAP Master File	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	7. SA	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	13. NS-Lehrerbund	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
2. Applications	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	8. OPG	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	14. Reichsaerztekammer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
3. PK	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	9. RWA	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	15. Party Census	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
4. SS Officers	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	10. EWZ	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	16	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
5. RUSHA	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	11. Kulturkammer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	17.	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
6. Other SS Records	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	12. Volksgerichtshof	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	18.	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

For explanation of abbreviations and terms, see other side.

Tel. Buch RSHA 1942: PS, II C 2<sup>5</sup>, Burgstraße 26

*D) Foto Kop. empf.*

*6/12. ill.*

## Explanation of Abbreviations and Terms

2. NSDAP membership applicants
3. PK - Partei Korrespondenz (Party Membership Correspondence - files, etc.)
4. SS Officers - Service Records
5. RUSHA - Rasse - und Siedlungshauptamt (SS racial records of those married and marriage applicants)
6. Non-Officer SS, applicants for SS membership, racial records, police members
8. OPG - Oberstes Parteigericht (Supreme Party Court)
9. RWA - Rueckwandereramt (German returnees)
10. EWZ - Einwandererzentrale (Ethnic Germans' immigration and naturalization records)
12. Volksgerichtshof (People's Court)
15. Party census of Berlin 1939

Mitglieds Nr. 1097429

Vor- und Zuname

Thürmer Walter

5

Geboren 20. 11. 07 Ort B.

Beruf Kfm Ledig, verheiratet, verw.

Eingetreten 1 5. 32

Ausgetreten

Wiedereingetr.

Wohnung B-Pankow Hünzstr. 17

Ortsgr. Berlin Gau

Br. Haus Feb. 38 Bl. 24 m. (2)

Wohnung Pln. - Pankow Gaillardspl. 7

Ortsgr. Braunes Haus Gau RH

Br. Haus 9/38. Bl. 23 m. (2)

Wohnung Pln. - Pankow Gaillardspl. 7

Ortsgr. Berlin Gau Berlin

Blm. 3. 41/54 (2)

Wohnung P. Propstweg 50

Ortsgr. Posen Gau Warthe G.

Wartfeld. 6. 43/36 (2)

Wohnung B. - Nikolln, Isarstr. 8

Ortsgr. Berlin Gau Berlin

Wohnung ~~Braunes Haus~~

Ortsgr. Gau

~~Warthe G.~~

**Der Reichsorganisationsleiter  
der NSDAP.**  
Hauptorganisationsamt  
München 33



Ortsgruppe	Wollach	Nr.
Kreis	8	Nr.
Gau	Berlin	Nr.

Fragebogen  
für Parteimitglieder  
Stand 1. Juli 1939

## Parteistatistische Erhebung 1939

Block	2
Zelle	5

Dieser Fragebogen ist bis spätestens 3. Juli 1939 genau und gut leserlich von jedem Parteigenossen auszufüllen und zum Abholen bereit zu halten bzw. der zuständigen Ortsgruppe zuzustellen. Für Parteimitglieder, die z. Zt. bei der Wehrmacht Dienst tun oder sonst vorübergehend abwesend sind, ist der Fragebogen von der Ortsgruppe, notwendigenfalls mit Hilfe der Angehörigen des Parteimitgliedes, auszufüllen.  
Jedes Parteimitglied hat nur einen Fragebogen auszufüllen!

### A Personalien und NSDAP.-Mitgliedschaft

1. Familienname: <i>Thürmer</i>	2. Vorname: <i>Wolfgang</i>	3. Geburtsdatum: <i>26. Nov. 1907</i>
4. Wohnort: <i>Bln. Pankow</i>	5. Straße, Platz usw. Nr. <i>Guillemstr. 7.</i>	6. Familienstand: verheiratet, ledig, verwitwet, geschieden, getrennt-lebend (Nichtzutreffendes streichen)
7. Anzahl der lebend. Kinder <input checked="" type="checkbox"/> davon unter 18 Jahren <input checked="" type="checkbox"/> Falls beide Ehegatten Parteimitglieder sind, ist die Zahl der Kinder nur bei der Ehefrau einzusetzen!	8. Sind Sie: gottgläubig, evangelisch, katholisch, Angehöriger einer sonstiger Religionsgemeinschaft, gläubig? Maßgeblich ist die rechtliche Zugehörigkeit. (Nichtzutreffendes streichen)	
9. Parteieintritt am: <i>23. IV 1932, kurzzeitig am 1. Mai 1932</i>	10. Mitgliedsnummer: <i>1 097 429</i>	11. Goldenes Ehrenzeichen? (Nicht Gau Ehrenzeichen!) <input checked="" type="checkbox"/> ja — nein (Nichtzutreffendes streichen)
		12. Blutorden? <input checked="" type="checkbox"/> ja — nein (Nichtzutreffendes streichen)

### B Stellung im Beruf.

(Zutreffendes ankreuzen)

Parteimitglieder, die hauptamtlich in der Partei, deren Gliederungen oder angeschlossenen Verbänden tätig sind, kennzeichnen dies außerdem durch zusätzliches Ankreuzen in der zutreffenden Zeile 1, 2 oder 3 der Spalte „Hauptamtlich“

		Hauptamtlich		
1. Handarbeiter			a Handwerker	5. Selbständiger Berufsloser (Rentner, Pensionär)
2. Angestellter			b Kaufmann	6. Angehör. ohne Hauptberuf (Studenten usw.) ohne Hausfrauen
3. Beamter im öffentl.-rechtl. Dienstverhältnis	a Lehrer		c Bauer, Landwirt Pächter	6. a) Hausfrau
	b übrige Beamte	<input checked="" type="checkbox"/>	d Freier Beruf	
		4. Selbstständig		

### C Mitgliedschaft u. Tätigkeit in den Gliederungen, angechl. Verbänden, Vereinen usw.

(Zutreffendes ankreuzen)

I		II		III		IV	
Mitglied	darin führend tätig	Mitglied	darin führend tätig	Mitglied	darin führend tätig	Mitglied	darin führend tätig
1 SA.		9 NS.-Frauenshaft		19 NS.-Kriegsopferversorgung		29 Rotes Kreuz	
2 <i>gg</i>	<i>ja ja</i>	10 Deutsch. Frauenwerk		20 NS.-Bund D. Technik		30 Feuerschutzpolizei	
3 NSKK.		11 NSD.-Studentenbund		21 Reichsnährstand		31 NS.-Reichskriegerbd.	
4 NSFK.		12 NSD.-Dozentenbund		22 Reichsluftschutzbund		32 Berufsverbände	
5 HJ.		13 Deutsche Arbeitsfront	<i>ja</i>	23 NS.-Reichsbund für Leibesübungen		33 Sängerbund (Gesangvereine)	
6 BDM.		14 NS.-Volkswohlfahrt	<i>ja</i>	24 NS.-Altherrenbund d. D. Studenten		34 Reichskulturkammer	
7 JV.		15 NSD.-Ärztebund		25 Reichsb.d. Kinderreich.		35 Konfessionell. Vereine	
8 JM.		16 NS.-Rechtswahrerb.d.		26 Volksbd. f. d. Deutschum i. Ausland		36 Sonstige Vereine	
		17 Reichsbd. d. D. Beamt.		27 Kolonialbund		37	
		18 NS.-Lehrerbund		28 Technische Nothilfe		38	

7

**D Tätigkeit als Polit. Leiter, Leiterin d. NS.-Frauenssch., Walter, Walterin od. Wart**

Nur auszufüllen von zur Zeit tätigen Politischen Leitern, Leiterinnen der NS.-Frauensschaft, Waltern, Walterinnen oder Wartern!

Sofern mehrere Aufgaben in Personalunion erfüllt werden, ist nur ein Amt oder Sachgebiet anzugeben. Welche Tätigkeit einzutragen ist, soll jeder auf Grund der höchsten politischen Dienststellung oder des Umfangs der Arbeit oder der Wichtigkeit der Tätigkeit selbst bestimmen!

1. Dienststelle, in der die Tätigkeit ausgeübt wird (z. B. Ortsgruppe, Ortsverwaltung DAF, Kreisfrauenschaftsleitung, Gauamtsleitung für Volkswohlfahrt usw.):

*min*

2. Genaue Angabe des Amtes, der Abteilung oder des Sachgebietes (z. B. Organisation, Kasse, Propaganda, Zellenleiter, Blockobmann):

3. Dienststellung (nicht Dienstrang!) (z. B. Leiter eines Amtes, Leiter einer Stelle, Leiter einer Abteilung, Zellenwarter, Blockleiter):

4. Wie wird die vorgenannte Tätigkeit ausgeübt?  
 Hauptamtlich — ehrenamtlich  
 (Nichtzutreffendes streichen)

5. Wird der angegebene Dienst innerhalb der Wohn-Ortsgruppe ausgeübt  ja — nein  (Nichtzutreffendes streichen)	Wenn nein, in welcher	
	a	Ortsgruppe: (Ortsverwaltung)
	b	Kreisleitung: (Kreisverwaltung)
	c	Gauleitung: (Gauverwaltung)

**E Dienstkleidung und eigene Ausrüstung als Politischer Leiter *44-Mann***

An Dienstkleidung und eigener Ausrüstung sind vorhanden:  
 (Zutreffendes ankreuzen)

						a	b
						hell	grau
1	Stiefel (schwarz)	<input checked="" type="checkbox"/>	6	Dienstmantel	<input checked="" type="checkbox"/>		
2	Schuhe und Gamaschen		7	Dienstmütze Wehrmachtsschnitt IV	<input checked="" type="checkbox"/>		
3	Diensthose (hellbraun)	<input checked="" type="checkbox"/>	8	Leibriemen (hellhavannabr. 60mm-br.)	<input checked="" type="checkbox"/>		
4	Dienstbluse (hellbraun)		9	Pistole PPK. mit Tasche	<input checked="" type="checkbox"/>		
5	Dienstrock (hellbraun)	<input checked="" type="checkbox"/>	10	Kochgeschirr	<input checked="" type="checkbox"/>		
						11	Brotbeutel und Feldflasche
						12	Tornister
						13	Zeltbahn

**Sportabzeichen**  
 (Zutreffendes ankreuzen)

1	SA.-Sportabzeichen (Wehrsportabzeichen)	<input checked="" type="checkbox"/>
2	Reichssportabzeichen	

Ich versichere, alle Angaben vollständig und wahrheitsgemäß gemacht zu haben.

*Bln-Bankow* den *4. Juli* 1939

*Walter Trummer*  
 Unterschrift

Fragebogen eingesammelt und überprüft:  
*Bln-Bankow* den *9. 7.* 1939  
*Kramber* Zellenleiter  
 Unterschrift

Bearbeitungsvermerk der Ortsgruppe oder Kreisleitung:  
 ..... den ..... 1939  
 Unterschrift

Raum für weitere Bearbeitungsvermerke

8

V.

1) Vermerk:

In dem Verzeichnis für Leih-Verausgaben -S.61- v. Juni 1941 ist als Dienststelle des Thürmer die "Kleiderkasse" genannt, die der Gruppe II C (Haushalt u. Besoldung) angeschlossen war.

In dem Tel.-Verzeichnis des RSHA v. Mai 1942 ist als Dienststelle des T. das Ref. II C 2 (5) angeführt, zu dessen Aufgaben nach dem GVPl. des RSHA v. 1.1.42 in Verbindung mit dem GVPl. v. 1.3.41 "Versorgung u. sächliche Kosten(d. Sich. Pol.) gehörten.

Spruchkammerverfahren waren gegen Thürmer in Hessenit. Zone unter dem Az. D Lg 5096/48 und in Berlin unter dem Az. SK 746 anhängig.

- ✓ 2) Spruchkammerakten - D Lg 5096/48 -, betreffend Walter Thürmer, beim Hess. Staatsarchiv in Wiesbaden erfordern.
- ✓ 3) Spruchkammerakten - SK 746 -, betreffend Walter Thürmer, bei der Senatsverw. f. Inn. in Berlin erfordern.
- 4) 15. IX. 1964

B., den 21. Aug. 1964

gef. 20. AUG. 1964  
1) an 2) 3) 4) 5) 6) 7) 8) 9) 10) 11) 12) 13) 14) 15) 16) 17) 18) 19) 20) 21) 22) 23) 24) 25) 26) 27) 28) 29) 30) 31) 32) 33) 34) 35) 36) 37) 38) 39) 40) 41) 42) 43) 44) 45) 46) 47) 48) 49) 50) 51) 52) 53) 54) 55) 56) 57) 58) 59) 60) 61) 62) 63) 64) 65) 66) 67) 68) 69) 70) 71) 72) 73) 74) 75) 76) 77) 78) 79) 80) 81) 82) 83) 84) 85) 86) 87) 88) 89) 90) 91) 92) 93) 94) 95) 96) 97) 98) 99) 100)

de

# HESSISCHES HAUPTSTAATSARCHIV

Tgb. Nr. 3297/64/Str.

An die  
Staatsanwaltschaft  
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21  
Turmstraße 91

6200 Wiesbaden

Mainzer Straße 80

Tel. 5581, App. 395

Dat.: 4.9.1964

9. SEP 1964  
für Friedl (weitere H.R. siehe)  
9. SEP 1964  
H

**Betr.:** Spruchkammerakte des Herrn Walter Thürmer, geb am  
26.11.1907, wohnhaft in Berlin-Wannsee, Bismarckstr. 24

**Bezug:** Ihr Schreiben vom 21.8.1964 - Az.: 1 AR (RSHA) 190/64 -

Auf Ihr o. a. Schreiben übersendet das Hess. Hauptstaatsarchiv die unten aufgeführten Akten und bittet um Vollziehung und Rücksendung der Empfangsbestätigung auf dem unteren Abschnitt dieses Blattes.

Die an Sie ausgeliehenen Akten dürfen nur zu dem in Ihrem Schreiben genannten dienstlichen Zweck von Ihnen benutzt und nur mit unserer ausdrücklichen Genehmigung an eine andere Behörde weiterverliehen werden. Gegebenenfalls bittet das Hess. Hauptstaatsarchiv um ein entsprechendes Schreiben mit der notwendigen Begründung Ihrerseits bzw. um einen Antrag der anfordernden Stelle.

Die Akten werden nach Beendigung der Benutzung an das Hess. Hauptstaatsarchiv zurückgeben.

I. A.

( Strott )

10

**Der Senator für Inneres**

I F 1 - 0258 ( Thürmer, Walter)

An den  
Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
- Arbeitsgruppe -

1 Berlin 21  
Turmstraße 91

10. SEP 1964  
M

Berlin, den 7. September 1964

Postanschrift:

1 Berlin 31 - Wilmersdorf  
Fehrbelliner Platz 2

Dienststzitz:

Berlin 31 - Wilmersdorf  
Bundesallee 199  
Fernruf: 87 04 86 App. 10  
Innenbetrieb (95) 4265

Vertraulich - Verschllossen!

Mit Empfangsbekentnis!

Betr.: Walter Thürmer, geboren am 26. November 1907

Vorg.: Ihr Schreiben vom 21. August 1964 - 1 AR (RSA) 190/64 -

Anlagen: 1 Akte(n) / ~~Auskunft des BDC / Fotokopie(n)~~

Auf Grund des § 17 ~~§ 13 Abs. 4~~ des Zweiten Gesetzes zum Abschluß  
der Entnazifizierung vom 20. Dezember 1955 (GVBl. S. 1022) übersende(n)  
ich / ~~wir~~ Ihnen die erbetene(n) Entnazifizierungsakte(n) ~~- die Aus-~~  
~~kunft des Berlin Document Center Nummer~~ vom  
und ~~Fotokopie(n) sämtlicher / der wesentlichsten Unterlagen des~~  
~~BDC über den / die~~ Obengenannte(n) zur Einsichtnahme mit der Bitte  
um Rückgabe der Akte(n) ~~- Fotokopie(n) bis zum~~ nach Gebrauch.

~~In meinem / unserem Archiv konnten keine Unterlagen über den / die~~  
~~Obengenannte(n) ermittelt werden.~~

Das Berlin Document Center hat durch die beigelegte Auskunft  
Nummer vom mitgeteilt, daß Unterlagen  
über den / die Obengenannte(n) nicht ermittelt werden konnten  
("negativ").

Eine Weitergabe der Unterlage(n) ist nur im Rahmen des § 17 aaO.  
zulässig.

Im Auftrage

*Friedrich*  
(Friedrich)

1 AR (RSHA) 190 /64

Vfg.

1. Urschriftlich mit Personalheft und BA

dem

Polizeipräsidenten in Berlin  
- Abteilung I -

z.Hd. von Herrn KK Roggentin - o.V.i.A. -

unter Bezugnahme auf die Rücksprache vom 29. Juli 1964  
mit dem Ersuchen um weitere Veranlassung (Vernehmung des  
RSHA-Angehörigen zur Person und zu seiner Tätigkeit im  
RSHA) übersandt.

Berlin 21, den 10. SEP. 1964  
Turmstraße 91

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
Im Auftrage

*Hele*

Erster Staatsanwalt

2. Frist : 2 Monate

Abteilung I

I 1 - KJ 2

21. SEP. 1964

Eingang: \_\_\_\_\_  
Tgb. Nr.: 3050/64V

Krim. Kom.: 3

Sachbearb.: H. HALFTER  
Chudzinski

Le

I 1 - KI 2

Berlin, den 24. 9. 1964

12

Vermerk:

Von der Spruchkammerakte des  
Az. D Lg VI/P/5036/48, wurden 13 Blatt fotokopiert.

Müller THÜRMEK

Verbleib:

- a) 6 Blatt Fotokopien im Personalheft, Blatt 13-18.
- b) 7 Blatt Fotokopien dem Personalheft beigelegt.

... Gurker, W. H. H. ...

112  
13

Protokoll  
der öffentlichen Sitzung am 7.7.1948

Gegenwärtig: Zur mündlichen Verhandlung gegen den Betroffenen:

Bach als Vorsitzender,	T H U R M E R, Walter, Heinrich, August geb. 26.11.1907 in Berlin
Hamann - Martin als Vorsitzender,	wohnh.: Berlin-Neukölln, US-Sektor, Isarstr. 8
Haas als öffentl. Kläger,	Beruf: Polizei-Beamter
Sporek als Protokollführer.	erschien bei Aufruf der Sache der Betroffene persönlich, ohne Zeugen, ohne Rechtsbeistand.

Über die persönlichen Verhältnisse vernommen, erklärte  
der Betroffene:

Ich bin am 26.11.07 in Berlin geboren, Besuchte das Realgymnasium von 1914-25 bis zur Oberschule und erlernte dann den Kaufmannsberuf. Seit 1939 verheiratet, habe ich 4 Kinder, davon 2 gestorben. Mein Höchsteinkommen betrug etwa 3.400.-Mark. Am 10.12.45 wurde ich in Berlin verhaftet, seit 23.1.46 bin ich interniert und habe während dieser Zeit freiwillig gearbeitet.

Hierauf wurde die Klageschrift verlesen. Der Betroffene wurde befragt, was er darauf zu erwidern habe. Er erklärte:

Man kann mir nicht den Vorwurf machen, ich hätte Frage- bzw. Meldebogenfälschung begangen, ich war nur Verwaltungsangestellter bei der Gestapo, aber kein Gestapo-Beamter. Ich unterstand nur dem RSHA. Vors.: Dem RSHA unterstanden nur die Angehörigen der Gestapo und des SD und so mussten sie auch wissen, dass sie ihre Gestapo- und SD-Zugehörigkeit anzugeben haben. Betr.: Es lag nicht in meiner Absicht, etwas zu verschleiern, ich gab ja auf dem Meldebogen an, dass ich dem RSHA unterstand, Gestapo habe ich vermieden, aber nicht, um eine Fälschung vorzunehmen. Ich habe mich nie als Gestapo-angehörigen angesehen, da ich ja nicht in der Exekutive, sondern in der Verwaltung tätig war. Vors.: Warum gingen sie 1932 zur NSDAP? Betr.: Ich war 25 Jahre alt; 1928 bin ich aus meinem Beruf entlassen worden und war 1 1/2 Jahre arbeitslos und bekam dann nur eine Stelle zur stundenweisen Aushilfe bei der Post. Vors.: Sie geben doch im Lebenslauf an, dass sie nur 3 Monate arbeitslos waren. Betr.: Ich war 1 1/2 Jahr arbeitslos. Vors.: Das stimmt nicht. Betr.: Ich habe keine Unterlagen mehr und weiß es nicht mehr genau. Vors.: verliesst Nr. 32 d.A. Betr.: Wenn ich das geschrieben habe, stimmt es. Bei meinen Ausführungen habe ich geglaubt, es wären 1 1/2 Jahre gewesen. Vors.: Gleichzeitig mit dem Parteieintritt traten sie auch der SA bei und gingen dann auf eigenen Wunsch zur SS über. Betr.: Ein Teil meiner SA-Kameraden gingen zum SS-Nachrichtensturm und das interessierte mich denn auch und da holten die mich rüber. Kläger: Wann wohnten sie bei Herrn Jüllich? Betr.: 1932-33, das weiß ich nicht mehr genau. Kläger: Jüllich sah sie roge in SA-Uniform gehen. Betr.: Das kann stimmen. Vors.: Sie gingen dann zur Allg. SS und wurden dortselbst Unterscharführer. Betr.: Ja, ich glaube, 1936 wurde ich Uscha. Vors.: Im Jahre

Im Jahre 1938 gingen sie zur Gestapo. Betr.: Ja. Vors.: verliesst Nr.26 d.A. - Ich stehe auf dem Standpunkt, dass sie genau wüssten, dass sie Gestapo im Meldebogen anzugeben hatten. Betr.: Ich habe mich als Polizeibeamten angeschaut, weil ich nicht im Exekutiv-, sondern im Verwaltungsdienst tätig war. Vors.: verliesst Nr.27 d.A. Kläger: Ich bitte um Verlesung des Schreibens Nr.30 d.A. hierzu. Vors.: verliesst Nr.30 d.A. und Nr.31 d.A. - Sie waren bei der innerpolitischen Exekutive. Betr.: Nein das stimmt nicht, ich war im Referat II, das ist Verwaltungswesen, ihm unterliegen Bekleidung, Waffen, Unterkunft usw. Ich hatte mit politischen Dingen nichts zu tun und war auch kein Exekutivbeamter, das fällt ja alles unter das Referat IV. Vors.: Konnten sie denn so ohne Bedenken zur Gestapo gehen? Betr.: Als ich eintrat, wusste man noch nicht, daß da dort Ungerechtigkeiten vorkamen. Ich habe dies erst später erfahren, aber nie selbst gesehen, das ich räumlich ja von den Exekutivbeamten getrennt war und überhaupt nichts mit der Exekutive zu tun hatte. Vors.: Sie waren in der SS doch Oscha. Betr.: Das war eine Dienststrangangleichung an meinen Polizei-Ass. und als ich zum Sekretär der Polizei befördert wurde, bekam ich den Rang eines Sturmschäferführers in Angleichung. Wie angegeben, war ich etwa auch 1/2 Jahr hauptsächlich als Wachmann (Pfortner) im SD beschäftigt, hatte jedoch nur die ein- und ausgehenden Personen zu prüfen, mit politischen Häftlingen oder sonstigen politischen Dingen hatte ich nichts zu tun. Vors.: Wann sind sie aus der Kirche ausgetreten? Betr.: 1936. Vors.: Politische Schulungen mitgemacht? Betr.: Nein. Vors.: Wann auf dem RPT? Betr.: 1933,34 und 1936. Vors.: An der Judenaktion beteiligt? Betr.: Nein. Vors.: Auszeichnungen erhalten? Betr.: Nein. Vors.: Warum traten sie aus der Kirche aus? Betr.: Erstens legte unser Sturmführer grossen Wert darauf und zweitens sagte mir die politische Haltung der Kirche nicht zu. Ich habe jetzt in der Internierung meine Kinder taufen lassen und bin auch nach 1945 wieder in die Kirche eingetreten. Vors.: Sie waren beim Einsatzkommando in Krakau, das waren doch Verbrecherkommandos. Betr.: Das ist möglich, ich hatte damit nichts zu tun, sondern war nur in der Verwaltung tätig. Vors.: Warum sind sie aus Berlin geflohen und warum kamen sie erst so spät in Gefangenschaft? Betr.: Meine Dienststelle setzte sich ab nach Schleswig-Holstein und dort wurde die Dienststelle aufgelöst und da bin ich zu Fuss los und bekam dann noch Diphtherie und da lag ich noch einige Zeit darnieder. Vors.: Was war in Posen los? Betr.: Ich hörte dort Schreie und erfuhr, dass bei der Exekutive Misshandlungen vorkamen, ich war aber in der Verwaltung tätig und hatte nichts damit zu tun und habe mir auch immer gesagt, nur damit nichts zu tun haben. Vors.: Sie wurden aber doch in der Probezeit auch im Exekutivdienst ausgebildet. Betr.: Nein, ich bekam nur Ausbildung im Rechnungswesen und Verwaltungswesen, darunter fiel Unterkunfts-Bekleidungs-Waffen- und Kassenwesen. Vors.: Haben sie was zu Ihrer Entlastung vorzutragen? Betr.: Nichts; ich stand in der Internierung im freiw. Arbeitseinsatz. Vors.: verliesst verschiedene Erklärungen u.a. Nr.10,11 + 15.

- Schluss der Beweisaufnahme. -

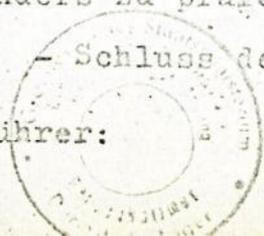
Der öffentliche Kläger beantragte:  
nach Art.11/I,1 Gruppe III, 9 Monate Bewährung, nach 17/V 500.-DMark., bei Nichtzahlung für 10.-DM ein Tag Arbeitsleistung, Anwendung der Art.17/Ia-c auf die Bewährungszeit und 17/VI b Zurückversetzung zum Polizei-Verwaltungs-Assistenten.

Der Betroffene als Letzter:  
"Ich bitte zu berücksichtigen, dass meine Frau mit den 2 Kindern auf eigenen Füßen steht und kein Geld vorhanden ist. Ich bitte, meinen ganzen Fall besonders zu prüfen und einen gerechten Spruch zu fällen"

- Schluss des Protokolls. -

F.d.R. Protokollführer:

(Sporck)



Beantragte Gruppe lt. Klageschrift: I keine Zeugen.  
" " i.d. Verhandlung: III Dauer: 2 Stunden.

Die Spruchkammer Darmstadt-Lager, bestehend aus:

- 1.) als Vorsitzender: Bach
  - 2.) als Beisitzer: Hamann - Martin
  - 3.) als öffentl. Kläger: Haas
  - 4.) als Protokollführer: Sporck
- Zustellungsnachweis  
umseitig!

kan auf Grund der mündlichen Verhandlung:

gegen den Betroffenen: **T h ü r m e r , Walter, Heinrich August**  
 geboren am: 26.11.1907 in Berlin  
 wohnhaft in: Berlin-Neukölln, Icarstr.8  
 Kreis: **Dieser Spruch**  
 Beruf: **US-Sektor**  
 Offizier: **Polizei-Beamter**

interniert seit: **4.9.48 23.1.46**  
 Mitgliedschaften: NSDAP 32-45, Allg. SS 33-38 als Unterscharführer,  
 SD 38-45, zuletzt als Sturmscharführer, Gestapo (als Pol. Sekretär) 38-45,  
 SA 32-33, RDB 35-38, NSV 36-45

zu folgenden: **S P R U C H: Dieser Spruch**  
 = = = = = **rechtskräftig**

Der Betroffene wird gem. Art. 11/I, 1 des Gesetzes vom 5.3.46 in die Gruppe III der Minderbelasteten eingereiht.

Nach Art. 11/II wird ihm eine Bewährungsfrist von 9 (neun) Monaten auferlegt.

- Nach Art. 17/I wird ihm auf die Dauer der Bewährung unterregt:
- a) ein Unternehmen als Inhaber, Gesellschafter, Vorstandsmitglied oder Geschäftsführer zu leiten oder ein Unternehmen zu beaufsichtigen oder zu kontrollieren, ein Unternehmen oder eine Beteiligung daran ganz oder teilweise zu erwerben;
  - b) in nicht selbständiger Stellung anders als in gewöhnlicher Arbeit beschäftigt zu sein;
  - c) als Lehrer, Prediger, Redakteur, Schriftsteller oder Rundfunkkommentator tätig zu sein.

Nach Art. 17/V hat er einen einmaligen Sühnebeitrag von 200.- (zweihundert) Deutsche Mark an den Wiedergutmachungsfond zu leisten. Im Falle der Nichtbestreitbarkeit der Geldsühne tritt an deren Stelle für je 10.- (zehn) D. Mark ein Tag Arbeitsleistung nach Anweisung durch das zuständige Arbeitsamt.

Nach Art. 17/VI in Verbindung mit Art. 16/6 verliert er auf die Dauer der Bewährungsfrist das Wahlrecht, die Wählbarkeit u. das Recht, sich irgenwie polit. zu betätigen und einer polit. Partei als Mitglied anzugehören.

Die Kosten des Verfahrens werden dem Betroffenen auferlegt. Der Streitwert wird auf 3.400.- D.M. festgesetzt.

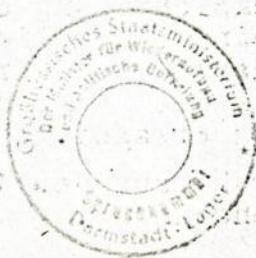
Der Vorsitzende:

Die Beisitzer:

( Bach )

( Hamann )

( Martin )



1/16

B e g r ü n d u n g .

zum Spruch vom 7.7.1948

Thürmer gehörte der NSDAP von 1932-1945, der SA von 1932-45, der Allg. SS von 1933-38, der Gestapo und dem SD von 1938-45 an. Außerdem war er Mitglied der NSV und des RDB von 1936-1945, bzw. 1935-1938; trat 1936 aus der Kirche aus. Nach diesem Bild erscheint der Betroffene formell als Hauptschuldiger im Sinne des Art. 6 des Befreiungsgesetzes.

Hinsichtlich seines Gesamtverhaltens und seiner Persönlichkeit während der nat. soz. Gewaltherrschaft ergab die Beweisaufnahme folgendes:

Der Betroffene war kurze Zeit arbeitslos und fand im März 1930 zunächst Beschäftigung als Helfer bei der Post. Sein Verdienst war hier sehr gering und meldete er sich deshalb zum SD als Wachmann. Hierzu kam er für ein halbes Jahr und meldete sich dann zur Gestapo, da ihm hier ein Beamtenverhältnis geboten worden war. 1938 bei der Gestapo eingestellt, entschied er sich für das Verwaltungswesen. Er war bei der Gestapo im Rechnungs- u. Verwaltungswesen tätig ( Bekleidung, Unterkunft, Massenwesen). Mit der Exekutive hatte er festgestelltemaßer nichts zu tun. Seine Gestapo- und SD-Zugehörigkeit hat der Betroffene im Meldebogen verschwiegen, dieselbe jedoch auf der Rückseite des Meldebogens insofern verzeichnet, als er sich als Polizeizugehöriger bezeichnet hat. T. gibt hierzu an, dass er sich als in der Verwaltung Beschäftigter nicht als Gestapomann geführt habe. Nach Aufklärung durch die Kammer hat T. seine damalige Meinung jedoch revidiert. Da er im Allgemeinen einen guten und glaubwürdigen Eindruck auf die Kammer macht, steht er nicht im Verdacht seine Angaben wesentlich falsch gemacht zu haben, und wird von einer Weiterleitung an die Staatsanwaltschaft zum Zwecke strafrechtlicher Verfolgung abgesehen. T. wurde im Jahre 1942 vom Pol.-Ass. zum Polizei-Sekretär befördert, was eine normale Beförderung darstellt. Die Anschuldigungen gegen den Betroffenen, dass er sich sehr aktiv für den Nat. Soz. eingesetzt und im Falle Jüchlig Andersdenkende unter Druck gesetzt habe, wird durch den Letztgenannten gemäß Blatt 30 der Akte widerlegt. Weitere Belastungen sind der Kammer in vorliegendem Falle nicht bekannt geworden. Es wird amtlich bestätigt, dass T. nur Verwaltungs- und nicht Exekutivbeamter gewesen ist. Zu seiner Entlastung sprechen sich eine Anzahl eidesst. Erklärungen darüber aus, dass er gegen polit. Andersdenkende tolerant und hilfsbereit gewesen ist und ihm keine politische Aktivität nachgesagt werden kann. Gemäß Artikel 39/II konnte der Betroffene nichts vorbringen, dagegen war seine gute Gesamthaltung bei Spruchbildung zu berücksichtigen. Nach Ansicht der Kammer erscheint der Betroffene einer mildereren Beurteilung würdig und er lässt nach seiner Persönlichkeit erwarten, dass er nach Bewährung in einer Probezeit seine Pflichten als Bürger eines demokratischen Staates erfüllen wird. Er ist deshalb in die Gruppe der Minderbelasteten ( Bewährungsgruppe) einzureihen. Hierin schloss sich die Kammer dem Antrag des öffentl. Klägers an.

T. befindet sich seit 23.1.46 in politischer Haft. Er hat sich während dieser Zeit nach Ansicht der Begerleitung durch eine gute Gesamthaltung und Bereitschaft zum Wiederaufbau so weitgehend bewährt, dass eine Bewährungsfrist von 9 Monaten ausreichend erscheint.

17

Der Betroffene stammt aus der Ostzone und hat sein gesamtes Vermögen verloren: Unter Berücksichtigung seiner derzeitigen Wirtschaftslage hält die Kammer einen einmaligen Sühnebeitrag von 200.- DM. für angemessen. Die Sühnemaßnahmen nach Art. 17/I a - c und 17/VI in Verbindung mit 16/6 finden auf die Dauer der Bewährungsfrist Anwendung. Im Übrigen wurde wie gesehen erkannt.

Die Ersatzarbeitsleistung beruht auf der 17.DVO.  
Der Kostenentscheid beruht auf der Gebührenordnung.

Der Vorsitzende:

( B e c h )

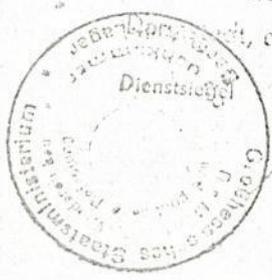


*zum Zwecke der Zustellung vorgelegt*

Zum Zwecke der Zustellung vorgelegt.  
Darmstadt, den 18. 9. 48

*Opentl. Kläger*  
*Opentl. Kläger*

Die Zustellung des Spruches an den Betroffenen erfolgt durch Zustellungs-Urkunde siehe Blatt 48



Darmstadt, den 18. 9. 48  
*Kiechler*  
(Unterschrift)

18

DER ERSTE ÖFFENTLICHE KLÄGER  
BEI DER  
ZENTRALBERUFUNGSKAMMER SÜD HESSEN  
IN FRANKFURT A. M.

---

Da.-Lager 5096/48

Herrn/Frau/Fräulein

Walter Thümmel  
geb. 26.11.07

B e r l i n - Wannsee  
Bismarckstrasse 24

Es wird Ihnen auf Antrag bescheinigt, daß Sie mit Inkrafttreten des Gesetzes zum Abschluß der politischen Befreiung in Hessen vom 30. 11. 1949 (GVBl. Nr. 43 v. 22. 12. 49) gemäß § 4 dieses Gesetzes als in Gruppe 4 eingereiht gelten. Ein Nachverfahren gemäß Artikel 42, Abs. 2 Befreiungsgesetz wird nicht durchgeführt.

Frankfurt a. M., den...23. Juli...1950.



I. A.:

(M ü n c h)

13

F r a g e b o g e n

Betr.: Vorermittlungen gegen ehemalige Angehörige des RSHA  
wegen Mordes (NSG)  
(GStA b.d. KG Berlin - 1 AR 123/63 - )

Auf Ersuchen des Generalstaatsanwalts bei dem Kammergericht in Berlin ist der auf Bl. 1 d.A. Genannte nach kurzer Schilderung seines persönlichen Lebenslaufs noch über nachstehende Fragen hinsichtlich seines Werdegangs, seiner Tätigkeiten im RSHA und der ehemaligen Vorgesetzten zu vernehmen:

1. Wann ist der Zeuge beim RSHA eingetreten?
2. Bei welcher Dienststelle (Amt/Referat) erfolgte der Eintritt?
3. Welchen Dienstgrad hatte er zur Zeit des Eintritts beim RSHA?
4. Ist der Zeuge während seiner Zugehörigkeit zum RSHA zu anderen Dienststellen (Ämter/Referate) versetzt worden? (Wenn ja, wann?)
5. Wie lautete die Bezeichnung der neuen Dienststelle, zu der der Zeuge versetzt worden ist?
6. Wann wurde der Zeuge während seiner RSHA-Zugehörigkeit befördert?
7. Welchen Dienstgrad hatte er in den einzelnen Dienststellen (Ämter/Referate)?
8. Welche Tätigkeiten hatte er in den von ihm genannten Dienststellen (Ämtern/Referaten) auszuführen?
9. Wer waren seine damaligen Vorgesetzten (hier ist anzugeben: Dienstgrad, Zuname, Vorname, Geburtstag und -ort, jetzige Wohnanschrift oder Verbleib)?
10. Welche Aufgaben hatten die Vorgesetzten wahrzunehmen?
11. Bestehen noch heute Verbindungen zu ehem. Kameraden?
12. Sind Anschriften ehem. Kameraden bekannt?
13. Ist der Zeuge in einem anderen Verfahren (Spruchkammer/Ermittlungsverfahren) als Beschuldigter oder Zeuge vernommen worden?  
(Wann, wo bzw. war das Verfahren anhängig, in welcher Sache, Az., Ausgang des Verfahrens)
14. Sind Angehörige des Zeugen durch eine damalige Dienstverpflichtung zum RSHA gekommen?  
(z.B. Ehefrau oder Verlobte wurde im Kriege dienstverpflichtet und ging als Schreibkraft zum RSHA)

I 1 - KJ 2

Berlin, den 20. 10. 1964

V e r m e r k :

Herr T h ü r m e r wurde heute schriftlich für den  
28. 10. 1964, 08.00 Uhr, vorgeladen.

*Meis*  
(Bellach), KM

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Arbeiter

Walter Thürmer,  
26.11.1907 Berlin geb.,  
Berlin 44, Isarstr. 8

und erklärt mit dem Gegenstand seiner Vernehmung vertraut gemacht, folgendes:

Einführend möchte ich erklären, daß es mir auf Grund der langen Zeitspanne, die zwischen meiner seinerzeitigen Tätigkeit und dem heutigen Tage, nicht mehr möglich sein wird, mich bei Datenangaben festzulegen. Ferner sind mir verschiedene Tätigkeiten, die ich bei den verschiedenen Dienststellen ausübte, ebenfalls nicht mehr erinnerlich.

Durch den Vorschlag ehemaliger Bekannter angeregt, bewarb ich mich im Jahre 1938 um Einstellung als Verwaltungsbeamter bei der Polizei. Nachdem man mich als Pol.-Ass. a. Pr. aufgenommen hatte, machte ich eine 1 jährige Ausbildungszeit im Verwaltungsdienst der Stapo-Leitstelle Berlin durch. Während dieser Ausbildungszeit durchlief ich verschiedene Verwaltungsdienststellen. (U.a. Kartei-Registratur etc.). Wenn ich hier mir noch erinnerliche Namen von Angehörigen der Stapo-Leitstelle Berlin angeben soll, so ist mir lediglich noch der Leiter der Pers.-Stelle der Stapo-Leitstelle Berlin bekannt. Wer zu meiner Zeit der Gesamtleiter der Stapo-Leitstelle Berlin war, ist mir nicht erinnerlich. Wenn ich ferner darüber befragt worden bin, welche Akten, Briefe, Vorgänge etc. während meiner Tätigkeit in der Registratur durch meine Hände gelaufen sind, so erkläre ich, daß mir über meine Tätigkeit bei der Stapo-Leitstelle Berlin absolut nichts mehr erinnerlich ist.

Nachdem ich meine Ausbildungszeit absolviert hatte und im August 1939 zum Pol.-Ass. ernannt worden war, wurde ich anschließend zu einem EKdo, welches in diesen Tagen in Wien zusammengestellt wurde, als Verwaltungsmann abgeordnet. Nach der Stärke und Zusammensetzung sowie der Bezeichnung dieses EKdo befragt, erkläre ich, daß mir dunkel in Erinnerung ist, daß es sich bei der personellen Zusammensetzung des EKdo um K-Angestellte bzw. K-Beamte handelte. Den personellen Umfang des EKdo sowie die Bezeichnung, kann ich nicht mehr angeben.

✓  
Leiter des EKdo war ein gewisser B r u n n e r , (Dienstgrad nicht bekannt), Verwaltungsführer und mein unmittelbarer Vorgesetzter war ein gewisser SS-O'Stuf und PI H a c h m e i s t e r . Das gesamte Personal dieses EKdo wurde bei der Zusammenstellung mit SD-Uniformen eingekleidet. Ich trug die Uniform eines SS-O'Schaf.

Meine verwaltungsmäßige Tätigkeit betraf die Komplexe Bekleidung, Besoldung, Reisekosten etc.

Kurz nach Zusammenstellung dieser Einheit wurden wir nach Teschen/Oldargebiet verlegt. Welche Tätigkeiten die Angehörigen des EKdo's dort ausübten, ist mir nicht bekannt.

Anfang 1940 wurde ich zur Stapo-Leitstelle Krakau versetzt und übte hier, unter dem dortigen Verwaltungsführer PR D r a h e i m Verwaltungsdienst aus.

Es kann Anfang/Mitte 1941 gewesen sein, als ich zur Stapo-Leitstelle Posen versetzt wurde. Hier oblag mir die Küchenverwaltung. Es erscheint mir nochmals erwähnenswert festzustellen, daß ich mit den Exekutivbeamten der genannten Stapo-Leitstellen dienstlich nur auf dem Verwaltungssektor in Berührung bekommen bin.

c Im März 1943 wurde ich zum RSHA Amt II B 4 versetzt. Diese Dienststelle, die in Berlin, Burgstr. lag, befaßte sich ausschließlich mit Bekleidungsangelegenheiten. Mir wurde die Verwaltung eines Nebenlagers aufgetragen. Der seinerzeitige Referatsleiter war ein PR B o r c h e r t .

Ende 1943/Anfang 1944 wurde ich zum PS und SS-Stuschaf befördert. Es kann im Jahre Ende 1943 gewesen sein, als ich zur Beschaffungsstelle, Hauptlager Neukölln (Bekleidung), versetzt wurde. Leiter dieser Dienststelle war PR E h l e r s .

Im Laufe des Jahres 1944 erfolgte meine Versetzung zur Fahrbereitschaft des Amtes II. Zu diesem Zeitpunkt wurden Notdienstverpflichtete bei uns eingestellt. Ich bin bei dieser Dienststelle als Sachbearbeiter für Personalangelegenheiten der vorher erwähnten Notdienstverpflichteten eingesetzt worden. Mit dem eigentlichen Gebiet "Fahrbereitschaft" hatte ich nichts zu tun. Ich machte zunächst einige Zeit in der Prinz-Albrechtstr. und später in ~~der Geschäftsstelle~~ Halensee Dienst. Meine Vorgesetzten waren zu dieser Zeit POI T e m p e l h a g e n , der mein unmittelbarer

Vorgesetzter war sowie PR P r a d e l , Leiter der Fahrbe-  
reitschaft, mit dem ich jedoch persönlich bzw. dienstlich  
nichts zu tun hatte.

Bei dieser Dienststelle verblieb ich bis Mai 1945.

Ich unterhalte keinerlei persönliche Kontakte zu ehem. RSHA-  
Angehörigen. Zu einem NS-Verfahren bin ich bisher noch nicht  
gehört worden.

Geschlossen:

*selbst*.....gelesen, genehmigt, unterschrieben

*Klees*  
(Bellach), KM

*W. G. ...*  
.....

Kostenanmeldung	
Auslagen durch Zeugenvernehmung:	
Fahrkosten	..... DM
Verdienstausfall	..... DM
	..... DM
	..... DM
insgesamt	..... DM
ich bitte, die Kosten gem. § 92 GKG zu zu- setzen und vom Kostenschuldner einzurufen.	
Der Polizeipräsident in Berlin	
Abteilung I	
Im Auftrage:	
Berlin 12,	<i>18.10.69</i>
	<i>18.10.</i>

Handwritten text in the bottom right corner, possibly a signature or date: "K. J. ... 11/1/64".

Der Polizeipräsident in Berlin  
I 1 - KI 2 - 3050 /64-N-

1 Berlin 42, den <sup>3</sup>.11.1964  
Tempelhofer Damm 1 - 7  
Tel.: 66 00 17, App. 2558

1. Tgb. austragen: - 4. NOV 1  
2. Urschriftlich mit Personalheft und 2 Beiakten  
dem

Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht  
z.H. v. Herrn EStA Severin -  
o.V.i.A. -

1 B e r l i n 21  
Turmstr. 91

nach Erledigung des Ersuchens - Bl. 11 d.A. -  
zurückgesandt.

Im Auftrage:

*Rezzendin*

Do

Vfg.

1. V e r m e r k :

Nach den hier vorliegenden Unterlagen war der Betroffene im RSHA lediglich in einem Referat tätig, über dessen Sachgebiet bisher belastende Erkenntnisse nicht vorliegen. Die polizeiliche Vernehmung des Betroffenen hat in dieser Richtung nichts Neues ergeben. Bei dieser Sachlage kommt für den Betroffenen die Einleitung eines Js-Verfahrens - zumindest zur Zeit - nicht in Betracht. Die Vernehmung des Betroffenen sowie die über ihn vorhandenen Unterlagen sind ausgewertet worden. Es ist daher zunächst nichts weiter zu veranlassen.

- 3. Beiakten Dlg V/P/5096/48 an Bl. 9 trennen.  
Stk 1746 (IF 1-0218) an Bl. 10 - verschicken, mit Empfangsbekanntens - *as. V. Schmidt*
- 3. Vorgang zum Sachkomplex *Kapo-Leiststelle Berlin* vorlegen. (Herrn *H. Rünge*)  
(Der Betroffene kommt <sup>als</sup> Zeuge in Betracht.)  
*Der Betroffene war auch bei der Kapo-Leiststelle Berlin tätig (vgl. Bl. 20) 19*
- 4. Auf dem Vorblatt des Vorgangs vermerken, daß der dort Betroffene in der hier in Rede stehenden Überprüfungsakte (Bl. ) genannt ist.
- 14. Als AR-Sache weglegen.
- 8. Herrn EStA. Severin mit der Bitte um Ggz.

Berlin, den

Zu 3) 2 Bst gegen EB geht.

Zu 4) est.

9. Dez. 1964

*De*

*[Signature]*  
24/11.64

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

1 Berlin 21, Tinnstr. 91

(Name der absendenden Behörde)

(Eingangsstempel)

Empfangsbekanntnis  
über die Zustellung (§ 5 Abs. 2 VwZG)

Aktenzeichen	Datum	Anlagen
1 AR (RSF d)	9. Dez. 1964	JLg. V/P/5096/48
190/64		

abgesandt am 9. Dez. 1964

empfangen

Wiesbaden

Berlin, den

15. Dez. 1964

1964

Sofort zurückerbeten an

Der Generalstaatsanwalt  
bei dem Kammergericht

Berlin 21, Tinnstr. 91

Hessisches Hauptstaatsarchiv  
62 Wiesbaden  
Mainzer Straße 80

i.H. v. *[Signature]*

(Unterschrift und gegebenenfalls Stempel des Empfängers)



Eidesstattliche Erklärung.

Ich Unterzeichneter versichere in Kenntnis der Bedeutung einer eidesstattlichen Erklärung, die Richtigkeit nachstehender Angaben an Eidesstatt: Die Strafbarkeit der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Erklärung ist mir bekannt.

Vom 3.3.1940 an war ich als Verwaltungsbeamter bei dem Kommandeur der Sicherheitspolizei und des SD Krakau beauftragt, die Besoldungstechnischen Aufgaben zu erledigen. In dieser Zeit habe ich den Polizeiaussistenten Walter T h ü r m e r, der bei der gleichen Dienststelle, Abt. Unterkunft tätig war, kennen gelernt und versichere an Eidesstatt, dass er während unseres Zusammenseins nur mit reinen Verwaltungsaufgaben betraut gewesen ist.

EXISTIERENDE UNTERSCHRIFT  
WURDE VOR MIR ANERKANNT  
VOLLZUSEN

DARMSTADT, DEN 29.5.48

Deutsches Internierungslager  
Darmstadt  
Lagerselbstverwaltung  
Hauptlagergericht

DER VORSITZER DES  
HAUPTLAGERGERICHTS

*W. Meunier*

*Ed. Regina*

*Spez. Kol. Frey*

*Arch. Nr. 5329497*

Erich Rudolph

Darmstadt, den 29.5.1948. 107

Eidesstattliche Erklärung.

Ich Unterzeichneter versichere in Kenntnis der Bedeutung einer eidesstattlichen Erklärung die Richtigkeit nachstehender Angaben an Eides statt. Die Strafbarkeit der Abgabe einer falschen eidesstattlichen Erklärung ist mir bekannt..

Während meiner Abkommandierung als Kraftfahrer nach Teschen-Olsa-Gebiet zu Beginn des Polenfeldzuges habe ich den Internierten Walter Thürmer als Polizeiverwaltungsassistent kennen gelernt und kann behaupten, dass Thürmer während seiner dortigen Tätigkeit mit rein verwaltungsmässigen Aufgaben, wie Tagebuchführung, Registraturaufgaben, beschäftigt wurde. An einem geschlossenen Einsatz oder einer Vollzugshandlung hat er niemals teilgenommen. Mir ist auch bekannt, dass Thürmer bei Auflösung des Kommandos in Teschen nach Krakau versetzt wurde.

VORSTEHENDE UNTERSCHRIFT  
WURDE VON MIR ANERKANNT-  
VOLLZOGEN

DARMSTADT, DEN 29/5/48

Deutsches Internierungslager  
Darmstadt  
Lagerselbstverwaltung  
Hauptlagergericht

DER VORSITZENDE DES  
HAUPTLAGERGERICHTS

*Erich Rudolph*

Karl Loreck.

Darmstadt, den 29.5.1948. 108

Eidesstattliche Erklärung.

.....

Die Bedeutung und Folgen einer eidesstattlichen Erklärung sind mir bekannt.

Als ehemaliger Sachbearbeiter für die zentrale Bewirtschaftung der Unterkunftsspinnstoffe gebe ich hiermit folgende eidesstattliche Erklärung ab:

Der Polizeisekretär Walter Thürmer ist mir als Angehöriger der Bekleidungsstelle des Reichssicherheitshauptamtes, Amt II, bekannt. Diese Dienststelle wurde im Herbst 1943 wegen Gefährdung durch Fliegerangriffe von Berlin nach Freiwaldau-Niederschlesien verlegt. Von dieser Zeit an verrichtete Thürmer seinen Dienst in Freiwaldau. Über den Zeitpunkt seiner Wiederverwendung in Berlin ist mir nichts bekannt.

Deutsches Informationsamt

Darmstadt

Lager selbstverwaltung

Hauptlagergericht

*Karl Loreck*  
-----  
VORSTEHENDE UNTERSCHRIFT  
WURDE VON MIR ANERKANNT-  
VOLLZOGEN.

DARMSTADT, DEN *29. Mai 1948*

DER VORSITZER DES  
LAGERGERICHTS

*W. Thürmer*

Walter Thürmer

Darmstadt, den 29.5.1948. 109

Eidesstattliche Erklärung.

-----

Zu meiner am 28.5.1948 vor dem Herrn Kläger V, Herrn H a a s , abgegebenen eidesstattlichen Erklärung gebe ich einen kurzen Nachtrag:  
Es handelt sich um eine Versetzung innerhalb des Amtes II des RSHA und zwar vom Sachgebiet Bekleidung zum Sachgebiet Fahrbereitschaft. Von Freiwaldau wurde ich im Herbst 1944 nach Berlin zurückbeordert und versah meinen Dienst als Verwaltungsbeamter in der Fahrbereitschaft des RSHA. Am 20. April 1945 wurde diese Dienststelle wegen Fliegerangriffe verlegt und zwar ging die Fahrt über Schwerin/Meckl. und weiter, in Auflösung der Formation begriffen, nach Husum/Schlesw.-Holstein.

W. Thürmer



und der Besatz II B4 - Leinwand und zuletzt II C3 - Leinwand  
besitz.

Hiervon jedoch, wie ich ausdrücklich versichern, wie in der  
Verwaltung, vorwiegend auf Grund seiner beruflichen Kennt-  
nisse in der Leinwandherstellung, (z. B. Einführung der Leinwand-  
Kriegsbekanntmachung, Übergangung der Fingerringe von Leinwand  
und Wollwaren und Wollwaren daselbst in. f. u.) gewirkt und  
auch in der o. u. Zeit namentlich auf viele der Leinwandbesitzer  
der Leinwandbesitzer beim Amt IV (Gynstige) und namentlich  
beim Amt der R. S. H. A. Leinwand tätig: Diese Dienstleistungen  
sind für die genannten Zeit Leinwand.

In <sup>1943</sup> 1943 wurde der Besatz II B4 - Leinwand von  
übergeben mit Aufspürungsarbeiten in Leinwand  
von Weimarer / Ost - Eisenbahnverwaltung. 1944 wurde die  
von Leinwand zurück und wurde seiner Dienstleistungen beim  
Besatz II C3 - Leinwandbesitzer der R. S. H. A. Auf diese Weise wurden  
mit demselben Unternehmen im April 1945 nach Hünfeld, Ost-  
bay. - Eisenbahnverwaltung.

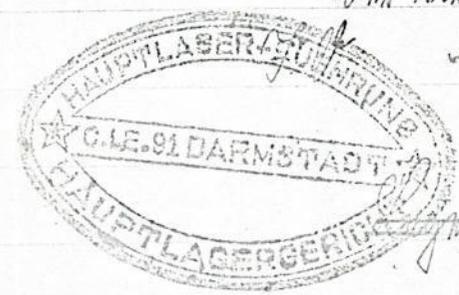
Es hat sich, wie mir bekannt ist, im August  
1945 nach seiner Rückkehr in seiner Heimatstadt Leinwand  
namentlich gütig und freundlich in seinen beruflichen  
Angelegenheiten.

Werner Doll

Darmstadt, den 10. 10. 1946

Die vorstehende Bescheinigung des Werner Doll  
wird für die weiteren Verhältnisse.

Der Vorsitzende des Leinwandbesitzers  
Dr. Heise



Leinwandbesitzer, Leinwand.

Die Bescheinigung des Werner Doll.

Darmstadt, d. 30. 7. 46

Eidgenössische Erklärung:

Ich erkläre mit klarem Verstand, daß die Polizei-Verwaltung  
Offiziers Walter Zimmer, geb. d. 11. 07. 1897 in Berlin, nachhaft in Berlin  
nachdem seine Jugendzeit mit der Nachtpolizei in Berlin - 1940 bis 1941 -  
im Luftschutz- und Luftschutzdienst als Verwaltungsbewachter tätig  
gewesen ist.

Meyer

Fut. Nr. 319 5176 490

gen. Pol. Obersekretär  
bei Gestapo Posen

V e r h a n d e l t

Vorgeladen erscheint der Arbeiter

Walter Thürmer,  
26.11.1907 Berlin geb.,  
Berlin 44, Isarstr. 8

und erklärt mit dem Gegenstand seiner Vernehmung vertraut gemacht,  
folgendes:

Einführend möchte ich erklären, daß es mir auf Grund der langen Zeitspanne, die zwischen meiner seinerzeitigen Tätigkeit und dem heutigen Tage, nicht mehr möglich sein wird, mich bei Datenangaben festzulegen. Ferner sind mir verschiedene Tätigkeiten, die ich bei den verschiedenen Dienststellen ausübte, ebenfalls nicht mehr erinnerlich.

Durch den Vorschlag ehemaliger Bekannter angeregt, bewarb ich mich im Jahre 1938 um Einstellung als Verwaltungsbeamter bei der Polizei. Nachdem man mich als Pol.-Ass. a. Pr. aufgenommen hatte, machte ich eine 1 jährige Ausbildungszeit im Verwaltungsdienst der Stapo-Leitstelle Berlin durch. Während dieser Ausbildungszeit durchlief ich verschiedene Verwaltungsdienststellen. (U.a. Partei-Registrierung etc.). Wenn ich hier mir noch erinnerliche Namen von Angehörigen der Stapo-Leitstelle Berlin angeben soll, so ist mir lediglich noch der Leiter der Pers.-Stelle der Stapo-Leitstelle Berlin bekannt. Wer zu meiner Zeit der Gesamtleiter der Stapo-Leitstelle Berlin war, ist mir nicht erinnerlich. Wenn ich ferner darüber befragt worden bin, welche Akten, Briefe, Vorgänge etc. während meiner Tätigkeit in der Registratur durch meine Hände gelaufen sind, so erkläre ich, daß mir über meine Tätigkeit bei der Stapo-Leitstelle Berlin absolut nichts mehr erinnerlich ist.

Nachdem ich meine Ausbildungszeit absolviert hatte und im August 1939 zum Pol.-Ass. ernannt worden war, wurde ich anschließend zu einem EKdo, welches in diesen Tagen in Wien zusammengestellt wurde, als Verwaltungsmann abgeordnet. Nach der Stärke und Zusammensetzung sowie der Bezeichnung dieses EKdo befragt, erkläre ich, daß mir dunkel in Erinnerung ist, daß es sich bei der personellen Zusammensetzung des EKdo um K-Angestellte bzw. K-Beamte handelte. Den personellen Umfang des EKdo sowie die Bezeichnung, kann ich nicht mehr angeben.

Leiter des EKdo war ein gewisser B r u n n e r , (Dienstgrad nicht bekannt), Verwaltungsführer und mein unmittelbarer Vorgesetzter war ein gewisser SS-O'Stuf und PI H a c h m e i s t e r . Das gesamte Personal dieses EKdo wurde bei der Zusammenstellung mit SD-Uniformen eingekleidet. Ich trug die Uniform eines SS-O'Schaf.

Meine verwaltungsmäßige Tätigkeit betraf die Komplexe Bekleidung, Besoldung, Reisekosten etc.

Kurz nach Zusammenstellung dieser Einheit wurden wir nach Teschen/Oldargebiet verlegt. Welche Tätigkeiten die Angehörigen des EKdo's dort ausübten, ist mir nicht bekannt.

Anfang 1940 wurde ich zur Stapo-Leitstelle Krakau versetzt und übte hier, unter dem dortigen Verwaltungsführer P R D r a h e i m Verwaltungsdienst aus.

Es kann Anfang/Mitte 1941 gewesen sein, als ich zur Stapo-Leitstelle Posen versetzt wurde. Hier oblag mir die Küchenverwaltung. Es erscheint mir nochmals erwähnenswert festzustellen, daß ich mit den Exekutivbeamten der genannten Stapo-Leitstellen dienstlich nur auf dem Verwaltungssektor in Berührung bekommen bin.

Im März 1943 wurde ich zum RSHA Amt II B 4 versetzt. Diese Dienststelle, die in Berlin, Burgstr. lag, befaßte sich ausschließlich mit Bekleidungsangelegenheiten. Mir wurde die Verwaltung eines Nebenlagers aufgetragen. Der seinerzeitige Referatsleiter war ein P R B o r c h e r t .

Ende 1943/Anfang 1944 wurde ich zum PS und SS-Stuschef befördert. Es kann im Jahre Ende 1943 gewesen sein, als ich zur Beschaffungsstelle, Hauptlager Neukölln (Bekleidung), versetzt wurde. Leiter dieser Dienststelle war P R E h l e r s .

Im Laufe des Jahres 1944 erfolgte meine Versetzung zur Fahrbereitschaft des Amtes II. Zu diesem Zeitpunkt wurden Notdienstverpflichtete bei uns eingestellt. Ich bin bei dieser Dienststelle als Sachbearbeiter für Personalangelegenheiten der vorher erwähnten Notdienstverpflichteten eingesetzt worden. Mit dem eigentlichen Gebiet "Fahrbereitschaft" hatte ich nichts zu tun. Ich machte zunächst einige Zeit in der Prins-Albrechtstr und später in ~~der Prins-Albrechtstr~~ Halensee Dienst. Meine Vorgesetzten waren zu dieser Zeit P O I T e m p e l h a g e n , der mein unmittelbarer

Vorgesetzter war sowie PR P r a d e l , Leiter der Fahrbe-  
reitschaft, mit dem ich jedoch persönlich bzw. dienstlich  
nichts zu tun hatte.

Bei dieser Dienststelle verblieb ich bis Mai 1945.

Ich unterhalte keinerlei persönliche Kontakte zu ehem. RSHA-  
Angehörigen. Zu einem NS-Verfahren bin ich bisher noch nicht  
gehört worden.

Geschlossen:

.....gelesen, genehmigt, unterschrieben

gez.(Bellach), KM

gez. Walter Thürmer  
.....

<b>Kostenanmeldung</b>	
Auslagen durch Zeugenvernehmung:	
Fahrkosten .....	1,- DM
Verdienstausfall .....	14,70 DM
.....	DM
in gesamt	15,70 DM
Ich bitte, die Kosten gem. § 92 GKG festzu- setzen und vom Kostenschuldner einzuziehen. Der Polizeipräsident in Berlin Abteilung I Im Auftrage:	
Berlin 42	Wcl.
den 28/10. 64	